

FOTO-CHRONIST DER SOLIDARNOŚĆ

Am 30. Dezember 2014 starb Bogusław Nieznalski.

Einige seiner Fotos sind Ikonen der Solidarność-Bewegung geworden.

Bogusław Nieznalski wurde 1948 in Sopot/Zoppot. Nach einer Ausbildung zum Mechaniker studierte er an der Abendfakultät der Technischen Hochschule in Gdańsk/Danzig, wo er anschließend bis 1990 als technischer Assistent arbeitete.

Der miserable Lebensstandard, die kargen Löhne und die kurz vor Weihnachten 1970, am 12. Dezember, eingeführte beträchtliche Lebensmittelpreiserhöhung, hatten eine Arbeiterrevolte in den polnischen Küstenstädten ausgelöst. An den Generalstreik in Gdańsk und im benachbarten Gdynia/Gdingen schlossen sich mehrtägige schwere Unruhen an, bei denen das Parteigebäude in Flammen aufging. Es gab 24 Tote. In Szczecin/Stettin starben 16 Menschen, in Elbląg/Elbing 1 Person. 5.000 Polizisten und 27.000 Soldaten waren an der Küste im Einsatz. Am 20. Dezember 1970 musste Parteichef Władysław Gomułka zurücktreten, an seine Stelle trat Edward Gierek.

Nieznalski hielt sich am 15. Dezember 1970 vor dem brennenden Parteigebäude auf. Er flüchtete vor den Polizeischüssen und beobachtete von den alten Befestigungen, oberhalb des Zentrums, das Geschehen. Damals fasste er den Entschluss, die Wirklichkeit im kommunistischen Polen fotografisch zu dokumentieren. Ein Onkel brachte ihm das Fotografieren bei.

Als Mitte August 1980 eine neue Streikwelle, diesmal ganz Polen erfasste, lief Nieznalski mit seinem Fotoapparat zum Tor Nr. 2 der Gdanker Werft. Dort traf er einen Schulkameraden, der mit einigen anderen Brotlaibe in den vom Besatzungsstreik erfassten Betrieb schleppte. Der Schulkamerad hieß Bogdan Borusewicz und war einer der Begründer der illegalen Freien Gewerkschaften in Gdańsk. Dank ihm wurde Nieznalski vom Arbeiter-Ordnungsdienst aufs Gelände gelassen und durfte fotografieren. So wurde Nieznalski zum offiziellen Foto-Chronisten der „Solidarność“.

Er dokumentierte die Unterzeichnung der Vereinbarungen von Gdańsk am 31. August 1980 durch Lech Wałęsa mit dem, inzwischen schon leg-

endären, riesigen Papst-Kugelschreiber. Seine Fotos zeigen alle Phasen der Errichtung des Gdanker Denkmals der Drei Kreuze für die im Dezember 1970 gefallenen Arbeiter. Nieznalski war anwesend bei der ersten Begegnung Wałęsas und einer „Solidarność“-Delegation mit Papst Johannes Paul II. im Vatikan im Januar 1981. Seine aussagestarken Bilder führen alle wichtigen Momente in der Geschichte der „Solidarność“ bis Anfang der 90er Jahre vor Augen.

Nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde er mehrere Male bei Protesten und Unruhen festgenommen, einmal sogar, während der heftigen Demonstrationen am 31. August 1982, angeschossen.

Seine Fotos gingen um die Welt, wurden auf gut zweihundert Ausstellungen gezeigt. Nieznalski bekam viele Auszeichnungen, stand lange Jahre dem Gdanker Ableger des Verbandes Polnischer Kunstfotografen vor. Staatspräsident Lech Kaczyński verlieh ihm 2008 das Offizierskreuz des Ordens der Wiedergeburt Polens (Polonia Restituta).

Hier kann man Bogusław Nieznalskis eindrucksvolle Fotos sehen:

[Internet-Ausstellung des Radiosenders Radio Maryja](#)

© RdP

DICHTER-KORYPHÄE

Am 26. Dezember 2014 starb Stanisław Barańczak.

Er hat sich einen großen Namen in vierlei Hinsicht gemacht: als Dichter, als Dissident, als Literaturkritiker und als Übersetzer. Er war ohne Zweifel eine Koryphäe der modernen polnischen Literatur.

Bürgerrechtler

1946 in Poznań/Posen, in einer gutbürgerlichen Arztfamilie geboren, war er ein Kind der Volksrepublik Polen, gegen die er seit seinen Jugendjahren stets rebellierte. Begabt und belesen studierte Barańczak Polonistik an der Poznaner Adam-Mickiewicz-Universität. Die geistige

Enge des Kommunismus war ihm zutiefst zuwider. Die letzten Illusionen in Bezug auf das System raubten ihm die Ereignisse des Frühjahrs 1968, als in allen polnischen Universitätsstädten Studentenunruhen ausbrachen. Beim Auseinandertreiben der Studentendemonstration in Poznań kassierte er einige schmerzhaft schlagstockhiebige. Kurz darauf, als er als Mitglied einer Studentendelegation die Forderungen der Protestierenden nach mehr Freiheit in Forschung und Lehre im Uni-Rektorat vorbringen wollte, wurde er Zeuge äußerster Arroganz und Verachtung der Apparatschiks.

Barańczak setzte viel aufs Spiel, denn mit seinen unkonventionellen Gedichten hatte er bereits auf sich aufmerksam gemacht, bekam erste Auszeichnungen. Es war gewiss: ihm stand eine große literarische Karriere bevor. Schon als Student war er Chefdramaturg des Poznaner experimentellen „Theaters des Achten Tages“. Noch wurde er geduldet. Sein erstes Gedichtband „Przyczyny zgonu“ („Todesursachen“) durfte 1968 erscheinen. 1971 erhielt er den Dokortitel und bekam eine Stelle an der Poznaner Universität, obwohl er bereits 1969, nach wenigen Jahren der Mitgliedschaft, aus der herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ausgetreten war.

Im Jahr 1977 trat Barańczak dem Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) bei. KOR war eine Gruppe der polnischen Bürgerrechtsbewegung. Mitglieder waren namhafte Intellektuelle. Sie entstand als Reaktion auf zahllose Drangsalierungen, Schikanen und brutale Übergriffe (Verhaftungen, bestialische Misshandlungen auf Polizeistationen, Entlassungen, Verhängung hoher Haftstrafen in fingierten Strafprozessen usw.) auf Teilnehmer an Arbeiterprotesten gegen die Lebensmittelpreiserhöhungen im Juni 1976 in der Stadt Radom. Das Hauptziel war die finanzielle Unterstützung und die Bereitstellung eines Rechtsbeistands für verfolgte Arbeiter. KOR war eine der Keimzellen der späteren Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“.

Barańczak wurde daraufhin entlassen und im Februar 1977, aufgrund eines von der Staatssicherheit konstruierten Vorwurfs der Korruption, zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Er bekam Schreib- und Veröffentlichungsverbot. Nicht der geringste Hinweis auf ihn, keine Gedichte oder andere Texte von ihm durften erscheinen.

Der Dichter lehrte ab diesem Zeitpunkt an der sog. Fliegenden Universität, deren Vorlesungen in Privatwohnungen stattfanden, nahm im Mai

1977 am Hungerstreik in der Warschauer Hl. Martin-Kirche zugunsten politischer Häftlinge teil, unterschrieb Protestaufrufe an die Behörden, war Redaktionsmitglied der illegal gedruckten Literaturzeitschrift „Zapis“ („Niederschrift“). In Poznań, wo die demokratische Opposition sehr schwach war, war Barańczak lange Zeit ihr wichtigster Brückenkopf.

Nach Gründung der „Solidarność“ im September 1980 engagierte er sich für die Arbeit der Bewegung und bekam seine Stelle an der Universität wieder. Im Januar 1981 erreichte ihn ein Angebot, so verlockend, dass er es nicht ausschlagen konnte. Er sollte die Leitung des (in Amerika einzigen) Instituts der Polnischen Literatur an der Harvard-Universität übernehmen. Aus den geplanten drei Jahren Aufenthalt wurde „lebenslänglich“, vor allem da am 13. Dezember 1981 in Polen das Kriegsrecht ausgerufen wurde.

Barańczak und sein Schaffen wurden nun zu einem Teil der polnischen Exilkultur. Sie ist seit dem Ende des 18. Jh., aufgrund der stets wiederkehrenden Massenauswanderungen auf der Suche nach Freiheit und Brot, der „zweiter Lungenflügel“ der polnischen Nationalkultur geworden. Barańczaks Gedichte und Essays erschienen in Exilverlagen und gelangten bis 1989 auf illegalen Wegen nach Polen.

Nicht zu unterschätzen sind seine Verdienste darum, der polnischen Literatur den Weg in die Verlage, die Bibliotheken Amerikas und die Köpfe der Amerikaner gebahnt zu haben.

Dichter, Literaturkritiker, Essayist

Ein Teil seines Widerstandes bestand aus seinen scharfsinnigen Analysen der sozialistischen Massenkultur. In Essays und wissenschaftlichen Texten nahm er Krimis, Abenteuerromane und andere im Parteiauftrag entstandene Arten der Populärliteratur, ihre Feind- und Leitbilder unter die Lupe. Barańczak beschrieb die Funktionsweise der Manipulation, Menschen, die kritiklos Propagandainhalte übernahmen, gab seiner Angst Ausdruck vor der stumpfsinnigen, manipulierten Masse.

Sein moralischer Standpunkt hinsichtlich der Dichtung war klar umschrieben: „Misstrauen. Kritizismus. Bloßtellung. Das alles sollte sie sein, so lange bis die letzte Lüge, der letzte Rest der Demagogie, die letzte Gewalttat von dieser Welt verschwinden“. Sein moralisch-dich-

terisches Manifest legte Barańczak 1971 in einem Essay mit dem bezeichnenden Titel „Nieufni i zadufani“ („Misstrauisch und eingebildet“) dar.

Ein Merkmal seiner Gedichte war die Gestaltung des sprachlichen Ausdrucks: Satzketten, scheinbar chaotisch aneinandergereiht, dieselben Worte, die in immer neuen Verbindungen wiederkehren. Es ging ihm darum, feste Wortverbindungen, eingeprägte Redewendungen und mit ihnen Denkschemata zu zerschlagen.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist das Gedicht „Blicken wir der Wahrheit ins Auge“ von 1970, in dem er, von der Redewendung ausgehend, die Überzeugung äußert, dass die Wahrheit zu sagen, eine moralische Pflicht des Dichters sei, gegenüber den anonymen Beobachtern, der Öffentlichkeit:

„...zeigen wir uns auf der Höhe/ des Auges, wie die Kreideschrift an der Mauer, wagen wir es/ der Wahrheit ins Auge zu sehen, das nicht abläßt von uns/ das überall ist, festgetreten im Pflaster unter den Füßen/ festgeklebt im Plakat, versunken in Wolken...“

(übersetzt von Karl Dedecius).

Die Dichtung war für Barańczak vor allem ein Instrument der Verteidigung gegen die alles überflutende Propagandasprache, eine Sprache der Lüge, die es zu entlarven, zu hinterfragen, bloßzustellen galt, um Menschen zum Nachdenken zu bringen, zu zwingen sich selbst Fragen zu stellen. Eine schwere Aufgabe, wie er es in seinem Gedicht „N.N. fängt an sich Fragen zu stellen“ formulierte, in einer Zeit, in der man:

„...beim Wort „Sicherheit“/ Gänsehaut bekommt, in der das Wort „Wahrheit“¹⁾/ ein Zeitungstitel ist, in der Wörter „Freiheit“/ und „Demokratie“ in den Dienstbereich/ eines Polizeigenerals²⁾ fallen...“

(übersetzt von Peter Lachmann).

Die politische Komponente in seiner Dichtung verlor mit der Zeit an Bedeutung, anderes: Liebe, menschliches Verhalten in Zeiten des Überflusses, das Verhältnis zur Natur rückten in den Vordergrund.

Übersetzter

Stanisław Barańczak wird auch als ein begnadeter Übersetzer englischsprachiger Literatur in die Geschichte der polnischen Kultur eingehen. In den 90er Jahren hat er zwanzig Shakespeare-Dramen neu ins Polnische übertragen. Diesen Übersetzungen wird allerhöchste Qualität bescheinigt.

Nicht anders beurteilt werden seine Übersetzungen der Gedichte von Emily Dickinson, Elizabeth Bishop, Edgar Allan Poe, Seamus Heaney, Joseph Brodsky, Thomas Campion, John Donne, Robert Herrick, George Herbert, Henry Vaughan, John Keats, Thomas Hardy, aber auch der Liedertexte der Beatles. Barańczak wurde in den letzten zwei Jahrzehnten seines Lebens zu einem unermüdlichen Mittler vor allem zwischen der amerikanischen Dichtung und der polnischen Sprache.

1999 hat man bei ihm die Parkinson-Krankheit festgestellt. Seit dem zog sich Barańczak immer mehr in die Privatsphäre zurück. Er starb in den USA im Alter von 68 Jahren und wurde auf dem Mount-Auburn-Friedhof in Cambridge bei Boston begraben.

Anmerkungen:

1) Gemeint ist „Prawda“, das poln. und russ. Wort für Freiheit. „Prawda“ hieß das Zentralorgan der sowjetischen KP.

2) Gemeint ist Mieczysław Moczar (1913-1986), kommunistischer Partisan, General der Staatssicherheit und hoher Parteifunktionär, bekannt für sein autoritäres Auftreten. „Freiheit“ und „Demokratie“ waren Bestandteile der offiziellen Bezeichnung des einzigen zugelassenen Veteranenverbandes: „Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie“, dem Moczar vorstand und der ein wichtiger Bestandteil seiner Machtgrundlage war.

© RdP

REGISSEUR ERGREIFENDER FILME

Am 24. Dezember 2014 starb Krzysztof Krauze.

„Wenn im Filmgeschäft des Westens das Kulturgut aus dem Osten vergleichbare Startchancen hätte wie umgekehrt, hätte „Plac Zbawiciela“ („Erlöserplatz“) aus Polen alle Chancen, auch in Deutschland ein Kassenschlager zu werden“, schrieb im Januar 2007 die deutsche Tageszeitung „Die Welt“. Der Mann, dessen Film damals so gelobt wurde, ist leider von uns gegangen, die Einseitigkeit des Kulturaustausches zwischen West und Ost bedauerlicherweise nicht.

Im Namen der Schwachen

Sein Talent reifte langsam, erst im letzten Lebensjahrzehnt lief er zur künstlerischen Höchstform auf. Krauze starb auf dem Höhepunkt seiner schöpferischen Leistung: populär, gefeiert, mit Auszeichnungen überhäuft, und dennoch stets bescheiden, zurückhaltend, zaudernd. Er stellte sich nur dann hinter die Kamera, wenn er meinte etwas Wichtiges zu sagen zu haben, meistens im Namen der Schwachen, die keine Kraft hatten zu schreien.

Krauze vertrat die Ansicht, Filme mache man, um Menschen in Schutz zu nehmen, um Werte zu bewahren, um für existenzielle Anliegen und Belange Partei zu ergreifen. Aus scheinbar banalen Situationen gelang es ihm auf der Leinwand immer wieder eine zutiefst beklemmende Stimmung zu erschaffen, um so die Ausweglosigkeit von Lebenssituationen zu veranschaulichen. Menschen: naiv, gutwillig, bemüht, motiviert, erfolgsgläubig und konsumhungrig, die unter die Räder des hemdsärmeligen, nachkommunistischen Graswurzel-Kapitalismus geraten sind, waren seine Charaktere.

Krzysztof Krauze wurde 1953 in Warschau geboren. Der Sohn eines renommierten Rechtsanwalts und der bekannten Filmschauspielerin Krystyna Karkowska studierte Kameramann an der angesehenen Filmhochschule in Łódź, aber er wollte nicht Bilder in Szene setzen, sondern Filme machen. Unmittelbar nach dem Studium, nach 1976, versuchte er sich als Kurzfilme-Regisseur.

Dann das Aus aller Hoffnungen auf Freiheit, die im Spätsommer 1980 mit dem erfolgreichen Ende der großen Streiks aufkamen. Das Verbot der Solidarność, die Rückkehr der stumpfsinnigen, trist-grauen kommunistischen Wirklichkeit nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981... Das zu ertragen überstieg seine Kräfte bei weitem. Er ging nach Wien, dann nach Paris, und merkte bald, wie überflüssig, wie fehl

am Platze er dort war.

„Die Schuld“

Die Rückkehr nach Polen Mitte der 80er Jahre, war der Beginn seines lang andauernden schöpferischen Reifens, das 1999 mit dem Film „Die Schuld“ („Dług“) ein Meisterwerk hervorgebracht hat. Der Film wurde im Winter gedreht. Kühle, glatte Fassaden neuerrichteter Banken sind die Kulisse der Geschichte. In dieser Kälte drohen die Träume zweier junger Männer zu platzen. Die Warschauer Stefan, ein Volkswirt, und Adam, Architekt, wollen eine Firma gründen, doch die Banken weisen sie ab. Sie geraten an Gerard Nowak, einen ehemaligen Schulkameraden, inzwischen ein Geldeintreiber mit Mafiaverbindungen, der sich auf Erpressung spezialisiert hat. Der Businessman mit kurzem Haarschnitt und starrem Blick verspricht schnelle Hilfe.

Schon kurz darauf, ohne eine Miene zu verziehen, fordert er von ihnen die Rückzahlung absurder Schulden, die sie nie eingegangen sind. Als erster wird der Architekt vor seinem Haus verprügelt. Die Schuld würde ab jetzt täglich um 1000 Dollar anwachsen, teilt Nowak ihm mit. Beim nächsten Mal kündigt der Schuldeneintreiber dem Opfer seine Hinrichtung an, dann wirft er es in den Kofferraum seines Autos. Eine halbe Stunde später steht der Wagen vor einer Polizeidienststelle in Warschau. Der Gangster plaudert mit einem Beamten. Sie duzen sich. „Wen hast du da im Auto?“, fragt der Beamte. „Einen, der mir Geld schuldet“, antwortet der Entführer. Der Polizist beugt sich über den Gefesselten. „Schulden muss man pünktlich zahlen“, sagt er.

Die Musik des bekannten Jazzkomponisten Michal Urbaniak und die klostrophobische Kameraführung lassen den Zuschauer die Angst der Opfer bildhaft spüren. Die jungen Leute werden misshandelt und erniedrigt. Als der Architekt versucht die Polizei zu verständigen, schlägt eine Schmollmund-Lolita in Uniform dem verängstigten Mann vor, seinen Verfolger amtlich „zu ermahnen“.

Irgendwann überwältigen Stefan und Adam in ihrer Verzweiflung den Psychopaten und seinen Leibwächter, schlachten die beiden nachts am Weichselufer ab. Die Köpfe trennen sie von den Leichen und werfen sie ins Wasser. Der Mord soll wie eine Hinrichtung der Russen-Mafia aussehen. Dem Film lag ein echter Kriminalfall zugrunde. Die wahren Täter-Opfer, obwohl sie sich gestellt haben, wurden von einer Richterin, die sich

im Kriegsrecht mit drakonischen Strafen einen Namen gemacht hatte, zu lebenslänglich verurteilt. Der Sadist war ein V-Mann der Polizei. Es war das unvorstellbare Versagen der Polizei und der Justiz, sowie das unter vielen Polen verbreitete Gefühl, im Raubtier-Kapitalismus zu leben, die Krauzes Film zu einem ungewöhnlichen Kinoerfolg gemacht haben.

„Erlöserplatz“

Ein solcher Erfolg war auch „Plac Zbawiciela“ („Erlöserplatz“) von 2006. Der Film spielt am gleichnamigen Platz, mitten in Warschau. Ein rundes Stück Asphalt und Gras, über das die Straßenbahn rumpelt. Eine hoch aufragende Kirche gab dem Platz den Namen. Hier wohnt Teresa, die Mutter. Ihr Sohn Bartek ist mit Beata verheiratet, einem recht hübschen Mädels vom Lande, zwei Kinder sind auch schon da. Das junge Paar hat in einer entstehenden Siedlung bereits eine Wohnung gekauft, dafür einen horrenden Kredit aufgenommen. Doch die Baufirma geht Pleite. Die frühkapitalistische Variante der aus sozialistischer Zeit gut bekannten Wohnungsnot zwingt die junge Familie, bei Teresa einzuziehen. Auf engem Raum reibt man sich aneinander, ein böser Blick gibt ein böses Wort, ein Wort gibt das andere.

Mutter Teresa giftet Schwiegertochter Beata an, während Bartek fremdgeht. Am Ende zieht Bartek aus; seine Frau will ihn festhalten, doch er tritt und schlägt sich den Weg frei. Dann gibt Beata den Kindern Tabletten und schlitzt sich selbst die Pulsadern auf. Alle drei überleben. Im Gerichtssaal führt Bartek in letzter Minute eine Wende herbei: Er bekennt seine Schuld an Beatas Verzweiflung, worauf er verurteilt und seine körperlich gezeichnete Frau freigesprochen wird.

Es sind großartige schauspielerische Leistungen. Kameramann Wojciech Staron sitzt den Charakteren dicht im Nacken, um die Enge der Wohnung durch die Kameraführung noch zu unterstreichen. Schuldenlast und Angst um den Arbeitsplatz treiben eine Familie in Ratlosigkeit und Selbstzerstörung.

„Papusza“

Den „Erlöserplatz“ drehte Krauze zusammen mit seiner vierten Ehefrau Joanna Kos-Krauze. Sie waren zu Beginn des 21. Jahrhunderts das mit Abstand kreativste Duo der polnischen Filmszene. Einen beeindruckenden

Beweis dafür lieferte Krauzes letzter Spielfilm „Papusza“ von 2013. Entstanden ist ein poetisches, in betörenden Schwarz-Weiß-Bildern gehaltenes Drama, das tief unter die Haut geht. Es erzählt das Leben der Roma-Dichterin Bronisława Wajs, von ihrer Mutter liebevoll Papusza – Puppe genannt.

[Den Trailer mit deutschen Untertiteln kann man hier sehen.](#)

Schon bei ihrer Geburt, 1910, im damaligen Russisch-Polen sagten die Roma-Frauen voraus, dass sie ihrem Volk „großen Stolz oder große Scham“ bringen wird. Das wissbegierige Mädchen ließ sich heimlich von einer jüdischen Buchhändlerin Lesen und Schreiben beibringen, entdeckte so die Welt der Poesie. Ihre Gedichte erzählen vom Leben der Roma, ihrer Sehnsucht nach dem gemeinsamen Umherziehen, ihrer unermesslichen Naturverbundenheit.

Papuszas Clan wird vom Unglück verfolgt: Nirgends sind die Roma gern gesehen, werden mit Diebstahl und Betrug in Verbindung gebracht. Doch die Krauzes verklären nicht, entsagen der „Zigeunerromantik“, zeigen auch die Feindseligkeit und Ignoranz der Roma gegenüber anderen Kulturen und dem Fortschritt. Während der Besatzungszeit verfolgen und drangsalieren die Deutschen die Zigeuner gnadenlos, bringen sie zu Zehntausenden barbarisch um. Papusza überlebt.



Krzysztof Krauze und seine Frau Joanna Kos-Krauze bei den Dreharbeiten zu „Papusza“.

Als kurz nach dem Zweiten Weltkrieg, 1950, ihre Gedichte ins Polnische übersetzt und veröffentlicht werden, ist dies eine Sensation und schlagartig wird die Dichterin berühmt – doch der Ruhm hat auch Schattenseiten. Ihr Clan wirft ihr vor, sie habe Geheimnisse ihres Volkes preisgegeben und brandmarkt sie als Verräterin...

Begleitet von der melancholischen Musik der Roma entfaltet „Papusza“ eine enorme dramatische Kraft, lässt die archaische und brutale, zugleich wunderschöne und naturverbundene Welt der Roma lebendig werden. Krzysztof Krauze hat sich mit einem Meisterwerk ins Jenseits verabschiedet.

Krzysztof Krauze verlor einen schweren, neun Jahre andauernden Kampf gegen den Prostatakrebs. Mit seinem Tod büßte das polnische Kino einen Regisseur ein, der schon zu Lebzeiten in einem Atemzug mit dem großen Moralisten der polnischen Leinwand, dem 1996 verstorbenen Krzysztof Kieślowski („Dekalog“, „Drei Farben: blau, weiß, rot“) genannt wurde.

Krzysztof Krauze wurde, auf seinen ausdrücklichen Wunsch, ohne Beisein eines Priesters, in Kazimierz Dolny an der Weichsel bestattet. Staatspräsident Komorowski verlieh ihm posthum den Komturstern des Ordens der Wiedergeburt Polens (Polonia Restituta).

© RdP

UNGEBROCHEN UND UNVERSÖHNLICH

Am 4. Dezember 2014 starb Kazimierz Świtoń.

Er schuf das erste Gründungskomitee freier Gewerkschaften in Polen und damit zugleich im ganzen kommunistischen Machtbereich zwischen Elbe, Wladiwostok und Schanghai. Seine Beharrlichkeit und seine Kompromisslosigkeit brachten ihm viel Bewunderung, am Ende seines Lebens aber auch nicht wenig Ablehnung ein.

Der Oppositionelle

Nicht lange vor seinem Tod erinnerte er sich: „Nachdem ich die freien

Gewerkschaften in Katowice gegründet hatte und es den Kommunisten nicht gelang mich davon abzubringen, versuchte die Staatssicherheit mich einzuschüchtern. Als das fehlschlug, machte sie sich daran meine Familie zu bedrängen. Das half auch nicht, also wurde ich brutal zusammengeschlagen. Später hat man meine Söhne wegen Diebstahls angeklagt. Um die Mitglieder der Komitees zur Verteidigung der Arbeiter gegen mich aufzubringen, wurden Gerüchte gestreut, ich sei ein Antisemit. Schließlich kamen sie auf die Idee, aus mir, wegen meiner Unnachgiebigkeit, einen Irren zu machen. Das ist gelungen. Mit diesem Stigma bin ich bis heute behaftet“.

Świtoń wurde 1931 in Katowice/Kattowitz geboren. Er arbeitete seit seinem 14. Lebensjahr schwer: im Stahlwerk, als Heizer und Handlanger im Städtischen Krankenhaus, als Vorarbeiter in einer Phosphat-Fabrik. Gleichzeitig absolvierte er 1950 eine Berufsschule für Elektrotechnik, leistete auch den damals drei Jahre dauernden, harten Militärdienst ab. Mit seiner Frau hatte er sechs Kinder, und kurz bevor er starb konnte er auf eine Schar von 24 Enkel- und 8 Urenkelkindern blicken.

Im Jahr 1967 bekam Świtoń die Erlaubnis eine winzige Reparaturwerkstatt für Fernseher zu eröffnen. Zum ersten Mal kam er in Berührung mit sehr vielen, sehr unterschiedlichen Menschen, die er meistens zu Hause aufsuchte. Er weckte Vertrauen, das machte die Leute gesprächig. Świtoń bekam Klagen zu hören über Ungerechtigkeiten, Korruption, Behördenwillkür, über das unendliche Schlangestehen nach allem und überall, sah Armut, die unvorstellbar beengte Wohnsituation...

Der einzige Fluchtort vor der bedrückenden Wirklichkeit war die Kirche. Świtoń fand in Katowice, in Pfarrer Franciszek Blachnicki, dem Begründer der katholischen Jugendbewegung „Licht-Leben“, nicht nur einen Seelsorger, sondern auch ein Vorbild und ein Gegenüber für lange Gespräche über Gott und die Welt. Bei Pfarrer Blachnicki, der wegen seiner Jugendarbeit ständig bespitzelt und drangsaliert wurde, und auch schon im kommunistischen Gefängnis eingesperrt hatte, kam Świtoń mit der katholischen Soziallehre in Berührung und der Idee christlicher Gewerkschaften.

Das polnisch sprachige Programm des Senders Free Europe, das aus München ausgestrahlt wurde, war damals, in einer Zeit ohne Faxgeräte, Satelliten-TV, Internet und Handys, die wichtigste und oft einzige unabhängige Informationsquelle hinter dem Eisernen Vorhang. Hundert-

tausende von Polen versuchten Abend für Abend den Sender zu empfangen, ständig bemüht mit dem Zeiger auf der Skala den Empfang zu justieren, um trotz des Pfeifens, Rauschens, Surrens und Hämmerns der Störsender, irgendetwas mitzubekommen.

So erfuhr Świtoń im Mai 1977 vom Hungerstreik in der Warschauer Hl. Martin-Kirche und fuhr hin, um daran teilzunehmen. Mitglieder des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) wollten so die Freilassung, der zu langen Haftstrafen verurteilten Teilnehmer der Proteste in der Stadt Radom gegen eine Lebensmittelpreiserhöhung im Juni 1976, erzwingen. Der Hungerstreik dauerte acht Tage und erregte auch im Westen großes Aufsehen. Die Behörden ließen die Gefangenen, mit „gebührendem“ Zeitabstand, im Rahmen einer im Juli 1977 verkündeten Amnestie, frei.

Nachdem er nach Katowice zurückgekehrt war, gründete Świtoń in seiner Wohnung eine Kontaktstelle für Menschenrechtverletzungen. Immer mehr Menschen kamen zu ihm, um über das ihnen angetane Unrecht zu berichten und um Hilfe zu bitten. Engagierte und mutige Warschauer Rechtsanwälte: Piotr Andrzejewski, Władysław Siła-Nowicki und Jan Olszewski (später, 1991-1992, polnischer Ministerpräsident) nahmen sich vieler dieser Fälle an.

Am 23. Februar 1978 fand in Świtońs Wohnung in Katowice die Gründungsversammlung der Freien Gewerkschaften statt. Aus der Sicht der Behörden war das politischer Sprengstoff.

Sollten in Oberschlesien mit seinen 4 Mio. Einwohnern, in einem industriellen Ballungsgebiet (mit einer enormen Dichte an Kohlegruben, Kokereien, Stahlwerken, Betrieben der Schwerchemie, der Metallverarbeitung), an einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte des Landes, freie Gewerkschaften Fuß fassen, Forderungen stellen, Streiks verkünden, dann stünde die Existenz des Kommunismus in Polen auf dem Spiel. Kurz darauf entstanden ähnliche Gründungskomitees in Gdańsk/Danzig und Szczecin/Stettin.



Kazimierz Świtoń als Antikommunist und Staatsfeind erkennungsdienstlich erfasst.

Świtoń, die Galionsfigur der neuen Gewerkschaftsbewegung in Oberschlesien, wurde, zwischen März 1978 und September 1980, 58 Mal festgenommen, bis, nach der Streikwelle des Sommers 1980, „Solidarność“ entstand. Er verlor seine Reparaturwerkstatt, sein Telefon wurde abgeschaltet, sein Führerschein eingezogen.

Am 14. Oktober 1978, vor der Kirche der Hl. Peter und Paul in Katowice, überfielen und schlugen ihn vier Polizisten in Zivil krankenhaushausreif. Kurz darauf wurde er angeklagt, die Vier zusammengeschlagen zu haben und anschließend hat man ihn zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Protesten im In- und Ausland wurde Świtoń im März 1979 auf Bewährung frei gelassen.

Kurz darauf trat er in der Wallfahrtskirche von Piekary Śląskie/Deutsch Pekar in einen Hungerstreik, weil der polnische Papst Johannes Paul II. während seiner ersten, für Juni 1979 geplanten Pilgerfahrt nach Polen, Oberschlesien nicht besuchen durfte. Świtoń ließ sich nicht brechen.



Eintracht die nicht lange währte. Kazimierz Świtoń, Lech Wałęsa, Marian Jurczyk und Tadeusz Mazowiecki (von rechts) am 24. September 1980 vor dem Grabmal des Unbekannten Soldaten auf dem Warschauer Siegesplatz nach dem sie den Antrag auf Zulassung der Gewerkschaft Solidarność beim Warschauer Woiwodschaftsgericht eingereicht haben.

Nach der Gründung der ersten „Solidarność“ im September 1980 spielte er in ihrer oberschlesischen Organisation eine wichtige Rolle. Schon damals jedoch machte sich sein schwieriger Charakter bemerkbar. Świtoń kannte keine Kompromisse, kämpfte bis zum letzten verbissen für das, was er für richtig hielt. Im Herbst 1981 wurde er deswegen nicht mehr in die Führung der oberschlesischen „Solidarność“ gewählt.

Nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurde er interniert, jedoch nach drei Monaten, aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes, entlassen und in Rente geschickt. Auf Schritt und Tritt beobachtet und bespitzelt, immer wieder zu Verhören und „Ermahnungsgesprächen“ vorgeladen, konnte er nicht viel ausrichten. Immer wieder versuchte er 1982 und 1983 eine Gedenktafel an der Grube „Wujek“ in Katowice anzubringen, wo die Polizei kurz nach Verhängung des Kriegsrechts neun Bergleute erschossen hatte, und wurde deswegen verhaftet.

Der Politiker

Nach dem Ende des Kommunismus lief er zur politischen Hochform auf. In Rage brachte ihn vor allem, die sich nach 1989 schnell abzeichnende Kumpanei nicht weniger ehemaliger „Solidarność“-Aktivisten mit den früheren Parteibonzen und Stasi-Leuten, ihre gemeinsamen dunklen Geschäfte, betrügerischen Privatisierungen und Machenschaften, die die Industrieregion Oberschlesien dem Verfall und die Menschen der Massenarbeitslosigkeit aussetzten. Świtoń war ein Störenfried im neuen allgemeinen Trend zum schnellen Geldverdienen, Konsumieren, Genießen und Seine-Ruhe-Haben.

Er gründete 1989 eine eigene, die Christlich-Demokratische Partei der Arbeit, eine politische Eintagsfliege, wie sich schnell herausstellte. 1991 wurde er in den Sejm gewählt, als Abgeordneter der Schlesischen Autonomiebewegung. 1993 hatte sich der Sejm selbst aufgelöst, um vorzeitige Neuwahlen zu ermöglichen. Świtoń kandidierte seither bei jeder Wahl, aber ein erneuter Einzug in den Sejm gelang ihm nicht.

Der Hitzkopf

Am 14. Juni 1998 katapultierte er sich für knapp ein Jahr mit einer aufsehenerregenden Aktion in die Schlagzeilen der polnischen und internationalen Medien. An diesem Tag schlug Świtoń, gemeinsam mit einigen Getreuen, sein Lager am so genannten Papstkreuz in der einstigen Kiesgrube am Rande des ehemaligen Stammlagers Auschwitz auf. Das Kreuz wurde dort im Juli 1988 aufgestellt. Es war Bestandteil des Altars, an dem Papst Johannes Paul II. im Juni 1979 im nahegelegenen Birkenau, bei seiner ersten Pilgerreise nach Polen, eine Messe zelebriert hatte. Das Kreuz sollte an die 1941 in der Kiesgrube von den Deutschen erschossenen 152 Polen erinnern.



Kazimierz Świtoń (links im Bild) mit seinen Unterstützern beim Aufstellen eines weiteren Kreuzes in der ehem. Kiesgrube am KL Auschwitz im Sommer 1998.

Für viele Juden war das ein Stein des Anstoßes, weil sie das christliche Symbol, in der Nähe des größten jüdischen Friedhofes in Auschwitz/Birkenau, als Versuch christlicher Vereinnahmung empfanden. Świtońs Aktion war die Antwort auf massive jüdische Forderungen das Kreuz zu entfernen. Mit der Zeit entstand an der Stelle ein Wald aus etwa 300 Holzkreuzen, die Świtońs Unterstützer aus allen Gegenden Polens herbeibrachten. Świtoń harrete 349 Tage am Papstkreuz aus.

Nachdem der Pachtvertrag für das Gelände aufgelöst wurde, was juristisch gesehen, die Kiesgrube in absehbarer Zeit in die so genannte Schutzzone um das ehemalige Lager einbezogen hätte, und somit aus der Protestaktion Hausfriedensbruch gemacht hätte, drohte Świtoń damit, Sprengstoff zu zünden. Am 28. Mai 1999, nach stundenlangen Verhandlungen, gewährte er dem Sprengstoffkommando der Polizei Zutritt auf das umzäunte Gelände. Er kam für einige Wochen in Untersuchungshaft und wurde Mitte Januar 2000 vom Amtsgericht Oświęcim zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und 400 Zloty (ca. 100 Euro) Geldbuße wegen Volksverhet-

zung verurteilt, dies, unter Hinweis auf antisemitische Inhalte in seinen Flugblättern.

Trotz anfangs anderslautender Berichte erwies sich der Sprengstoff als eine Attrappe. Alle mitgebrachten Kreuze wurden in ein nahe gelegenes Franziskanerkloster gebracht. Das Papstkreuz ist geblieben, was von jüdischer Seite mehrheitlich nicht mehr beanstandet wurde. Świtońs Befürworter sind bis heute der Meinung, nur seine Beharrlichkeit habe das Papstkreuz „gerettet“. Der Konflikt ebte ab.

Im Sommer 2010, nachdem Staatspräsident Komorowski neuer Staatschef geworden war, tat sich Świtoń, bei Scharmützeln, als Verteidiger des Kreuzes vor dem Präsidentenpalais in Warschau zu Ehren des bei Smoleńsk tödlich verunglückten Staatspräsidenten Lech Kaczyński, hervor. Das Kreuz wurde entfernt. Später machte er noch einige Male durch skurrile antisemitische Äußerungen auf sich aufmerksam, womit er sich selbst endgültig ins Abseits manövrierte. Die Öffentlichkeit nahm ihn zunehmend als einen betagten Wirrkopf wahr.

Kazimierz Świtoń starb mit 83 Jahren in Katowice. Auf Anordnung von Parlamentspräsident Sikorski wurde die, von der konservativen Opposition beantragte Schweigeminute für den Antikommunisten Świtoń, „der Einfachheit halber“, mit der von den Postkommunisten beantragten Schweigeminute für den regimetreuen Schauspieler Stanisław Mikulski „zusammengelegt“.

Kein offizieller Vertreter des Parlaments, der Regierung Ewa Kopacz oder des Staatspräsidenten Bronisław Komorowski nahm an Świtońs Begräbnis teil.

© RdP

DIE TOCHTER DES STAATSGRÜNDERS

Am 16. November 2014 starb Jadwiga Piłsudska-Jaraczewska.

Die Kindheitserinnerungen der jüngeren Tochter Józef Piłsudskis waren vor allem geprägt vom mucksmäuschenstillen, beinahe allabendlichen

zuschauen, wie der Vater, ein leidenschaftlicher Patience-Spieler, kartenlegend über die Staatsgeschäfte nachdachte. Ab und zu nahm er sie auf den Schoß und sie legten die Karten gemeinsam. Ihre zwei Jahre ältere Schwester Wanda hatte nicht so viel Geduld.

Jadwiga Piłsudska wurde 1920 in Warschau geboren. Es war Februar. Dem nach 123 Jahren der Teilungen gerade wiederrichteten polnischen Staat stand die schwierigste Probe noch bevor. Im August 1920 gelang es die bolschewistische Offensive vor Warschau zu stoppen und die Sowjets weit in den Osten abzudrängen. Polen, über dessen Leiche, so Lenins Parole, die Fackel der roten Revolution nach Europa getragen werden sollte, war gerettet. Diese Rettung, ebenso wie seine Wiedergeburt 1918, verdankte Polen vor allem Józef Piłsudski.

Man könnte meinen, es sei nicht einfach gewesen, das Kind eines Mannes zu sein, der schon zu Lebzeiten in der allgemeinen Wahrnehmung und Darstellung ein Denkmal war. Doch dem war nicht so.

Beide Töchter kamen auf die Welt als uneheliche Kinder. Der Patriot und einstige Sozialist Piłsudski, der, im übertragenden Sinn, nach eigener Darstellung, „an der Haltestelle »Unabhängigkeit« aus der roten Straßenbahn ausgestiegen sei“, ging in Sachen Sitten, Moral und Religion seine eigenen Wege.

Im Jahre 1899, mit 31 Jahren, wurde Piłsudski evangelisch, um die geschiedene Protestantin und sozialistische Untergrundkämpferin gegen das russische Zarentum, Maria Juszkiewicz heiraten zu können. Ihre gemeinsame Tochter Wanda starb 1908 mit neun Jahren.

1917 wandte sich Piłsudski von Maria ab und einer anderen sozialistischen Kampfgefährtin, Aleksandra Szczerbińska zu. Sie war die Mutter der beiden 1918 und 1920 geborenen Töchter Wanda und Jadwiga. Geheiratet wurde erst im Oktober 1921, nach dem Tod von Piłsudskis erster Ehefrau Maria und nach seiner Rückkehr in den Schoß der katholischen Kirche.



Józef Piłsudski mit seinen Töchtern Wanda (rechts) und Jadwiga

Verzogen waren Wanda und Jadwiga nicht. Piłsudski pflegte einen bescheidenen Lebensstil: zuerst als „Staatvorsteher“ bis 1923, dann bis Mai 1926, als er sich für drei Jahre demonstrativ von der Politik abwandte und nach Sulejówek bei Warschau ins Private zurückzog. Nicht anders war es nach dem Mai 1926, als er an der Spitze ihm ergebener Truppen putschte und in Polen ein halbautoritäres Regime errichtete, in dem die Opposition zwar zugelassen war, jedoch behindert wurde. Józef Piłsudski starb im Mai 1935.

Seine beiden Töchter erlebten eine ungezwungene, fröhliche, von materieller Bescheidenheit geprägte Kindheit, weil der Vater fast alles Geld stiftete und Mutter Aleksandra die beiden in ihre Wohltätigkeitsarbeit einspannte. Normale Schulen, viel Umgang mit Gleichaltrigen aus normalen Verhältnissen, auch wenn stets ein Kriminalbeamter in der Nähe war. Piłsudski und seine Frau wagten sich immer wieder unbewacht in die Öffentlichkeit, bei den Kindern war ihnen das Risiko zu groß.

Jadwiga entdeckte mit zwölf Jahren ihre Begeisterung für die Fliegerei. 1937, mit 17 Jahren, machte sie ihren Segelflugschein. Bis 1939 erlangte sie alle Segelflugscheine, die es damals gab: von A bis D, und absolvierte im Sommer 1939 einen 270 km langen Streckensegelflug .

Geplant war ein Studium an der Fakultät Maschinenbau der Warschauer Technischen Hochschule. Jadwiga wollte Flugzeugkonstrukteurin werden. Der deutsche Überfall auf Polen am 1. September 1939 machte diese Pläne zunichte. Mutter und beide Töchter pflegten Verwundete in einem

Warschauer Lazarett, wurden aber am 10. September auf Anordnung der Behörden ins damals polnische Wilno/Wilna gebracht. Als am 17. September 1939 auch die Sowjets über Polen herfielen, flüchteten die drei ins lettische Riga, flogen von dort mit einer Linienmaschine nach Stockholm und dann weiter nach London. Den Sowjets in die Hände zu fallen, das belegen die Schicksale fast aller polnischen und baltischen Prominenten denen das widerfuhr, hätte mit dem sicheren Tod in einem der sibirischen Arbeitslager geendet.



Jadwiga Piłsudska als RAF-Pilotin 1941

Im Mai 1940 meldete sich Jadwiga mit zwei weiteren Polinnen zum Dienst bei der Air Transport Auxiliary (ATA), einer Hilfstruppe der britischen Luftstreitkräfte. Knapp 170 Frauen (1/8 aller Piloten) verrichteten dort freiwilligen Dienst. Ihre Aufgabe war es, neue und ausgebesserte Flugzeuge aus Fabriken und Reparaturwerken zu den Militärflugplätzen in ganz Großbritannien zu überführen. Jadwigas Leidenschaft waren die 600 km/h schnellen Spitfire Jagdflugzeuge. Knapp ein-tausend Flugstunden absolvierte sie damals an den Steuerknüppeln verschiedenster Flugzeuge, wurde zum Leutnant befördert.



Mit Ehemann Andrzej Jaraczewski

Ende 1944, als sich die Kampfhandlungen mittlerweile weiter weg von Großbritannien abspielten, quittierte sie den Dienst. Die Pilotin heiratete einen Seemann, den Schnellbootkapitän Andrzej Jaraczewski. Insgesamt kämpften 200 Tausend polnische Soldaten als Flieger, Seeleute und Infanteristen der polnischen Exilregierung in London unterstellt, zwischen 1940 und 1945 an der Seite der Briten: bei der Luftschlacht um England, in Norwegen (Narvik), Nordafrika (Tobruk), in Italien (Monte Cassino, Bologna), Frankreich (Falaise), Holland (Arnheim) und Norddeutschland (Wilhelmshaven).

Viele von ihnen konnten und wollten nach 1945 nicht in das von den Sowjets eroberte, kommunistische Polen zurückkehren, weil ihnen dort Verhaftungen, bestialische Verhöre in den Folterkellern der politischen Polizei, langjährige Gefängnisaufenthalte, Hinrichtungen drohten. Es sei denn, man leistete Spitzel-Dienste, ließ sich das moralische Rückgrat brechen, in dem man sich von seinen Idealen lossagte, war bereit, als „politisch unzuverlässig“ auf Karriere zu verzichten, unter Beobachtung zu stehen.

Die Briten erlaubten ihnen zu bleiben, aber die einstigen Verbündeten

blieben sich selbst überlassen. Nun galt es, ohne viel Pathos, Haltung zu bewahren. Polnische Generäle und Offiziere hielten sich als Nachtportiers, Lagerverwalter, Gärtner, Barkeeper über Wasser, und pflegten, so gut es ging, das vielfältige polnische Emigrantenleben mit seinen unzähligen Einrichtungen und Institutionen. Dazu gehört bis heute das Londoner Józef-Piłsudski-Institut mit seinen Forschungsarbeiten und Sammlungen. Piłsudskis Witwe Aleksandra (sie starb 1963 in London) und beide Töchter haben es mitaufgebaut, genauso wie das gleichnamige Institut in New York.

Die Tochter Wanda (sie starb 2001 in Warschau) war eine erfolgreiche Psychiatrie-Ärztin. Ihre Schwester Jadwiga verdiente sich das Emigranten-Brot zuerst als Architektin. Anfang der 50er Jahre gründete sie mit ihrem Mann eine Firma, die zuerst Lampen, dann auch Möbel erfolgreich entwarf und verkaufte. Haltung bewahren, hieß auch: knapp ein halbes Jahrhundert lang mit einem Flüchtlings-Pass zu leben ohne die britische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Im Herbst 1990 kamen alle drei: Wanda, Jadwiga und ihr Mann Andrzej Jaraczewski (er starb 1994) zurück nach Polen. Der damalige Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki wartete mit einem Blumenstrauß am Flughafen. Ein großer Bahnhof, auf den ein bescheidenes und unauffälliges Leben in Warschau folgte.

Alles in diesem Leben der Drei drehte sich nun um den Rückkauf, die Renovierung und die Einrichtung eines Józef-Piłsudski-Museums in dem kleinen Herrenhaus „Milusin“ in Sulejówek bei Warschau, das der Marschall 1923 von seinen Soldaten geschenkt bekommen hatte. Es soll am 5. Dezember 2017, zum 150. Geburtstag des Marschalls eröffnet werden. Jadwiga Piłsudska wurde mit militärischen Ehren, im Beisein von Staatspräsident Komorowski, neben ihrer Schwester Wanda und ihrem Ehemann auf dem Warschauer Powązki-Friedhof beigesetzt.

© RdP

„WILLKOMMEN IN WARSCHAU, HERR

SIKORSKI“

Der deutschlandpolitische Schmusekurs der Regierung Tusk stößt nicht bei allen Beobachtern in Warschau auf Verständnis.

Der Publizist Marek Magierowski gab diese Befindlichkeit wieder, indem er im Wochenmagazin „Do Rzeczy“ („Zur Sache“) vom 28. Juli 2014 seine Glosse, siehe oben, auf Deutsch betitelte.

Seiner Zeit, so Magierowski, „lud Außenminister Radosław Sikorski den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf seinen Landsitz in Chobielin bei Bydgoszcz ein. Steinmeier revanchierte sich am letzten Mittwoch (23. Juli 2014 – Anm. RdP), indem er ihn aus Brüssel nach Warschau mitnahm.

Auf dem offiziellen Twitter-Konto des Auswärtigen Amtes tauchte eine Serie von Fotos aus dem Inneren der Maschine und von der Ankunft auf dem Warschauer Okęcie-Flughafen auf, wo der Botschafter Deutschlands Rolf Nickel die beiden Gentlemen in Empfang nahm“.

Soweit so gut, meint der Autor, denn: „Eigentlich verlief alles gemäß dem diplomatischen Protokoll. Eigentlich sind unsere Staaten Verbündete und arbeiten auf vielen Feldern zusammen. Eigentlich sind Sikorski und Steinmeier befreundet. Dementsprechend dürfte es keinen Anlass zur Verwunderung, geschweige denn zur Empörung geben“, gibt Magierowski zu bedenken.

Dennoch habe er die Fotos mit wachsendem Staunen betrachtet und schreibt:

„Da kommt der Außenminister der Republik, der sich auf einer Dienstreise befindet, nach Warschau zurückgeflogen, an Bord einer Luftwaffen-Maschine, als Gast seines Kollegen aus Deutschland. Auf dem Rollfeld begrüßt ihn der Vertreter der Regierung in Berlin. Ein durchschnittlich aufgeweckter Student der Internationalen Beziehungen hätte wahrscheinlich ein besseres Gefühl dafür gehabt, was sich in der Diplomatie gehört und was man lieber lassen sollte. Besonders im Falle der Beziehungen zu Deutschland, das von vielen Europäern als ein Land angesehen wird, das den ganzen Kontinent herumkommandiert und diesem mit Vehemenz seinen Willen aufzwingt“, stellt Magierowski fest, und fährt fort:

„Könnt ihr euch den Außenminister Griechenlands vorstellen, der mit einer deutschen Regierungsmaschine nach Athen kommt und vom dortigen deutschen Botschafter begrüßt wird? Noch am selben Tag würden ihn die Medien in Stücke reißen.“

Nur, der griechische Minister kämpft nicht um einen Posten in Brüssel.“

Anmerkung RdP

Außenminister Sikorski machte sich im Sommer 2014 große Hoffnungen auf den Posten des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik (umgangssprachlich EU-Außenminister genannt). Sikorski wurde letztendlich von seinem Chef, Ministerpräsident Donald Tusk, der lange stillhielt und so tat, als sei er an EU-Posten nicht interessiert, ausgetrickst. Frau Merkels Favorit Tusk bekam den Posten des EU-Ratspräsidenten, was Sikorskis Vorhaben automatisch zunichte machte. Tusks Nachfolgerin, Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, entließ Sikorski aus dem Kabinett und schob ihn auf den Posten des Sejm-Präsidenten ab.

RdP

KALTE WINDE AUS DEM OSTEN

Russisches Embargo. Polnische Bauern fühlen sich im Stich gelassen.

Sanktionen, die Russland zuerst gegen polnische und bald darauf gegen Agrarprodukte aus allen EU-Ländern im Sommer 2014 verhängt hat, veranlassten den Agrarexperten und Europaabgeordneten der Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) Janusz Wojciechowski zu einer kritischen Bestandsaufnahme der, wie er meint, (Un)Tätigkeit der Regierung und insbesondere des Landwirtschaftsministers Marek Sawicki von der (koalitions)Bauernpartei PSL in dieser Angelegenheit. Wojciechowski schrieb in der Tageszeitung „Nasz Dziennik“ („Unser Tagblatt“) vom 19. August 2014 u.a.:



Agrarexperte und Oppositionspolitiker Janusz Wojciechowski

Warum hat Russland ein Einfuhrverbot für Agrarerzeugnisse aus Polen und danach aus der ganzen EU verhängt? Die Politiker der Bauernpartei PSL (der mitregierenden kleinen Koalitionspartei in der Regierung Tusk – Anm. RdP), die seit sieben Jahren die Macht über die polnische Landwirtschaft haben, behaupten, schuld daran seien die Besuche polnischer Politiker während der Proteste auf dem Maidan in Kiew. In Wirklichkeit setzt Moskau eine Politik um, die der (am 10. April 2010 bei Smolensk tödlich verunglückte – Anm. RdP) Staatspräsident Lech Kaczyński (bei seinem spektakulären öffentlichen Auftritt in Tiflis/Tibilissi am 12. August 2008, als russische Panzer auf die Stadt rollten – Anm. RdP) zutreffend umschrieben hat: „Heute Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen die baltischen Staaten und danach Polen“. Sich dieser Politik entgegenzustellen ist eine Frage der polnischen Souveränität. Wir müssen die Unabhängigkeit der Ukraine unterstützen, sonst haben wir Russland bald an unseren Grenzen. Das Embargo ist Bestandteil der russischen imperialen Politik. Die Anwesenheit des einen oder anderen Politikers auf dem Maidan hat in diesem Fall wahrlich nicht die geringste Bedeutung.

Krise vor dem Embargo

Die Probleme in der polnischen Landwirtschaft haben nicht mit dem russischen Embargo begonnen. Noch vor seiner Verhängung hatten die Landwirte in diesem Jahr große Mühe Weichobst (Johannisbeeren,

Sauerkirschen), Fleisch, Milch und Getreide abzusetzen. Die Abnahmepreise sind sehr stark gefallen. Deutlich zu erkennen waren ungestrafte Preisabsprachen großer verarbeitender Firmen und Handelsketten zu Ungunsten der Landwirte. (...) Hinzu kommt die Auswirkung von Armut, die den Absatz einiger Agrarprodukte eingeschränkt hat. So ist z. B. der Pro-Kopf-Verbrauch von Schweinefleisch in den sieben Jahren des Amtierens der jetzigen Regierung um acht Kilogramm gefallen. Wären da nicht die Armut und der reduzierte Verbrauch, wir könnten einen Großteil dessen verzehren, was wir nicht exportieren dürfen.

Deutschland glimpflich davongekommen

Das russische Embargo berührt beinahe die Hälfte der EU-Agrarexporte nach Russland im Wert von 5,25 Mrd. Euro. Die EU-Agrarausfuhren nach Russland beliefen sich 2013, laut Eurostat-Angaben, auf 11,37 Mrd. Euro. Davon entfielen auf Deutschland 1,91 Mrd., auf die Niederlande 1,41 Mrd., auf Litauen 1,25 Mrd. und auf Polen 1,07 Mrd. Euro. Deutschland ist der größte europäische Agrarexporteur nach Russland, doch das Embargo trifft nur etwa ein Viertel seiner Ausfuhren im Wert von 595 Mio. Euro. Mit 927 Mio. Euro werden die russischen Sanktionen am empfindlichsten Litauen treffen. Für das kleine Land gleicht das einer Tragödie. An zweiter Stelle liegt Polen. Etwa 80% unserer Agrarexporte nach Russland im Wert von 841 Mio. Euro sind vom Embargo betroffen. Nicht wenige Verluste werden auch die Niederlande (528 Mio. Euro), Dänemark (377 Mio.), Spanien (338 Mio.), Belgien (281 Mio.) und Frankreich (244 Mio. Euro) verbuchen. Die genannten Zahlen sind nicht gleichzusetzen mit den Verlusten der jeweiligen Landwirte und Lebensmittelunternehmen. Sie werden geringer ausfallen, da es wahrscheinlich gelingen wird einen Teil der blockierten Ausfuhren woanders zu verkaufen. (Die tatsächlichen polnischen Verluste werden offiziell inzwischen auf 500 Mio. Euro beziffert – Anm. RdP). Fazit: während es Litauen und Polen schwer getroffen hat, ist Deutschland glimpflich davongekommen und im Agrarhandel mit Russland weiterhin stark präsent. Die EU muss helfen. (...) So wie sie das 2011 getan hat, als der Gemüsemarkt zusammenbrach, weil deutsche Gurken mit E.coli-Bakterien verseucht waren. Damals hat auch Polen Kompensationszahlungen der EU in Höhe von 46 Mio. Euro bekommen. Leider gab es viele Ungereimtheiten bei der Umverteilung dieses Geldes, u.a. wurden in der Woiwodschaft Świętokrzyskie (Region in Mittelpolen um die Stadt Kielce – Anm. RdP) einige Tausend Feldgemüsebauern nicht berücksichtigt.

Der Minister lässt sich Zeit

Trotz großer Versprechungen im Vorfeld, kam Landwirtschaftsminister Marek Sawicki vor einigen Tagen mit leeren Händen aus Brüssel zurück. Eventuelle Entscheidungen über Entschädigungen für Landwirte sollen erst im September fallen. Sawicki prahlte aber damit, dass er einen der zuständigen EU-Kommissare „aufgerüttelt“ hat. Kein Wunder, dass die EU schlummert, sie wurde ja von der polnischen Regierung systematisch eingelullt. Oppositionsführer Jarosław Kaczyński hat noch im April 2014 in einem Brief Ministerpräsident Tusk gewarnt, dass ein russisches Embargo drohe und man sich darauf gut vorbereiten sollte. Tusk hat nicht reagiert und der in seinem Namen antwortende Landwirtschaftsminister Sawicki höhnte und beteuerte, dass es kein Embargo geben wird. Noch am 2. Juli 2014 sprach er öffentlich davon, dass kein Embargo drohe und würgte alle diesbezüglichen Fragen ab, weil sie angeblich das Embargo heraufbeschwören würden. Während er seine hochmütigen Behauptungen in die Welt hinausposaunte ging wertvolle Zeit verloren. Die EU hätte schon im Vorfeld aktiv werden können, früher nach Ersatzabsatzmärkten Ausschau halten und die Landwirte hätten sich besser vorbereiten können.

Wo ist der Ministerpräsident?

Wir verzeichnen in Polen bei fast allen Agrarprodukten einen enormen Zusammenbruch der Nachfrage. Wir haben es nicht nur mit dem russischen Embargo zu tun, sondern auch mit der Afrikanischen Schweinepest, die sich von heute auf morgen in ganz Polen verbreiten und unsere Schweinezucht endgültig vernichten kann. Und wo ist Ministerpräsident Tusk? Im verlängerten Urlaub? In solchen Fällen muss der Regierungschef tätig werden. Er sollte schon längst in Berlin gewesen sein, wo sich (und nicht in Brüssel) die eigentliche EU-Hauptstadt befindet, und dort um die Zustimmung zur Entschädigung der polnischen Bauern nachsuchen. Er hat ja angeblich so gute Beziehungen zu Angela Merkel, dann soll er sie auch nutzen! Doch der Ministerpräsident ist abwesend, aber selbst wenn er da wäre, das Wort „Landwirtschaft“ nimmt er ja grundsätzlich nicht in den Mund. Das Landvolk ist nicht seine Wählerschaft. Der Ministerpräsident des größten europäischen Agrarstaates hat angesichts der seit Jahren größten Agrarkrise nichts, aber auch gar nichts, zu sagen. Stattdessen schickt er Landwirtschaftsminister Sawicki vor, der nicht in der Lage ist auch nur irgendetwas zu bewirken. Abgesehen von den Versäumnissen der Regierung sollte man hof-

fen, dass die EU-Hilfe kommt. (...). Doch wir müssen uns auch selbst helfen. Die größte Bedrohung für die Landwirte sind Kredite, die sie wegen fehlender Einnahmen nicht werden zurückzahlen können. Die Partei Recht und Gerechtigkeit hat daher einen Gesetzentwurf eingebracht, der ein einjähriges Moratorium für Darlehensrückzahlungen vorsieht. Hierzu müssten die Betroffenen einen Antrag stellen, der durch den Ortsvorsteher zu beglaubigen wäre. Auf diese Weise könnten viele Bauern der Zwangsversteigerung entgehen. Die Zinsen würden zwar weiterhin berechnet, doch würde man die aufgelaufenen Zinsen anschließend zu den Verlusten hinzurechnen und mit den EU-Kompensationszahlungen begleichen. Kommen die EU-Hilfen nicht, dann erfolgt der Ausgleich aus dem polnischen Staatshaushalt. So kann man den Landwirten helfen die Krise zu überstehen. Russland hat politische Sanktionen angewandt und daher muss man auch politisch antworten, im Geiste der europäischen und innerpolnischen Solidarität. Wir alle, nicht nur die Bauern, müssen der Gerechtigkeit halber die Kosten der Krise, die das Embargo hervorgerufen hat, tragen. Auf längere Sicht jedoch, müssen wir uns auf einen Wechsel der Absatzmärkte gefasst machen. Auf den russischen Markt kann man nicht zählen, weil aus dem Osten leider sehr kalte Winde wehen... RdP

DAS HEUTIGE DEUTSCHLAND UND DER ERSTE WELTKRIEG

Polnische Beobachtungen und Meinungen.

Rechtzeitig zum einhundertsten Jahrestag des Attentates in Sarajevo am 28. Juni 1914, widmeten sich Polens führende Deutschland-Kommentatoren dem Verhältnis des heutigen Deutschlands zum Ersten Weltkrieg.

Piotr Semka, ein stets aufmerksamer Beobachter des Nachbarlandes auf dem konservativen Flügel der polnischen Publizistik, veröffentlichte seine Einschätzungen im Wochenmagazin „Do Rzeczy“ („Zur Sache“) vom 7. Juli 2014 unter dem Titel:

Keine Asche aufs Haupt

(...) Dieses Foto haben die meisten jungen Franzosen und Deutschen in

ihren Schulbüchern gesehen. Aufgenommen wurde es am 22. September 1984 vor der Gedenkstätte in Verdun. Zum ersten Mal wurde damals, an diesem Ort, neben der „Marseillaise“, die westdeutsche Nationalhymne mit der Melodie „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt. Vor dem westdeutschen Bundeskanzler und dem französischen Präsidenten stand ein in die deutsche und die französische Fahne gehüllter Sarg. Helmut Kohl und Francois Mitterrand fassten sich minutenlang an den Händen, als Zeichen der Freundschaft beider Nationen. Damals verstand man diese Zeremonie als eine Weiterführung des von General Charles de Gaulle und Konrad Adenauer 1959 angestoßenen Versöhnungsprozesses zwischen den beiden Staaten, die im 20. Jahrhundert gleich zweimal einen Kampf auf Leben und Tod ausgetragen haben.

Dreißig Jahre später trat die deutsche Botschafterin in Paris, Dr. Susanne Wasum-Rainer als Schirmherrin bei der Vorstellung des Buches von Christopher Clark „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ in Frankreich auf. Clark ist ein australischer Historiker, der sich von der deutschen Geschichte begeistern ließ, und 2006 auf dem deutschen Buchmarkt seinen Bestseller „Preußen. Aufstieg und Niedergang. 1600 – 1947“ platzierte. Das Buch, das viele Deutsche mit Begeisterung aufnahmen, sollte nachweisen, dass Preußen keineswegs die Verkörperung des Bösen gewesen ist, und vieles, was dem preußischen Staat an Schuld zugeschrieben wird, als bedingt anzusehen ist.

Zum einhundertsten Jahrestag des Großen Krieges hat Clark nun ein Buch mit der These geschrieben, das Kaiserreich trage nicht die Hauptschuld am Kriegsausbruch und man solle die Verantwortung dafür auf alle europäischen Mächte verteilen. Zum wiederholten Male bestätigte sich damit die Regel, dass die Deutschen es lieben, gefällige Ausländer zu benutzen, um zu verkünden, was sie selbst insgeheim denken.

Kein Wunder also, dass es ein Australier war, der den Franzosen verkünden sollte, auch ihre Republik sei für den Ersten Weltkrieg mitverantwortlich. In Frankreich jedoch stieß Clark auf streitbaren Widerstand. Der ehemalige Ministerpräsident Jan-Pierre Chevènement schleuderte den von Deutschland aus geworfenen Ball zurück und wiederholte: „Der Krieg von 1914 ist das Ergebnis des Wettlaufs zwischen London und Berlin um die Vorherrschaft auf den Meeren gewesen“. Etwas also hat sich doch verändert seit dem Händehalten Kohls und Mitterrands. Die Versöhnung mit Deutschland ist das eine, etwas anderes ist es, wenn zur Kenntnis genommen werden soll, Frankreich sei genauso wie der Kaiserstaat vom

nationalistischen Taumel erfasst gewesen.

Blicken wir aber zurück auf einen weiteren runden Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges, auf das Jahr 1974. Damals erschien das Buch von Stefan Lorant „Eine deutsche Bildgeschichte von Bismarck zu Hitler“. Auf dem Umschlag wurde Hitler beileibe nicht im braunen SA-Hemd dargestellt, sondern in der kaiserlichen Uniform Wilhelm II. Das ganze Album ist eine einzige Verbildlichung der Behauptung, und damals wurde sie noch als selbstverständlich angesehen, dass es zwischen dem preußischen Militarismus und dem Nationalsozialismus eine direkte Verbindung gibt, und dass der Zweite Weltkrieg eine natürliche Fortsetzung des Strebens nach Zielen gewesen sei, die die Deutschen im Ersten Weltkrieg nicht zu erreichen vermocht hatten. Mehr noch, wir haben inzwischen auch schon polnische Historiker, die die neuen Prinzipien der politischen Korrektheit bei der Darstellung der deutschen Geschichte gut heißen und sich über angebliche „Vereinfachungen“, wie sie z. B. Lorant veröffentlichte, entrüsten.

Das soll nicht heißen, in Deutschland gäbe es keine Historiker, die daran erinnern, wie eroberungslustig und hemmungslos die Pläne für Besitzergreifungen gewesen sind, die die Fachleute vom kaiserlichen Auswärtigen Amt oder vom Generalstab schufen. Stark ist weiterhin auch die allgemein pazifistische Strömung, die der Kriegsschulddiskussion ausweicht und an dieser Stelle nur verkündet, dass alle im damaligen Europa „versagt“ haben.

Man kommt nicht um die Feststellung herum, dass die Beliebtheit des Buches von Christopher Clark ein Ergebnis wesentlicher Veränderungen in der deutschen historischen Politik ist. Ähnlich wie die von der deutschen Linken gebilligten und geteilten Behauptungen, dass es der Versailler Vertrag und seine strengen Bestimmungen gewesen sind, die Deutschland in den Zweiten Weltkrieg getrieben haben sollen. Zwar hat die Bonner Republik von 1949 bis 1989 schweigend die Schuld der Deutschen am Krieg von 1914 hingenommen, doch junge bundesdeutsche Historiker verspüren immer weniger Lust sich Asche aufs Haupt zu streuen.

Wie immer, wenn es um die deutsche soft power, die weiche Macht geht (politische Machtausübung, Einflussnahme und Erlangung der Deutungshoheit auf der Grundlage kultureller und wissenschaftlicher Aktivitäten – Anm. RdP), wird auch in diesem Fall nicht allzu eindringlich und herausfordernd gehandelt. Es wird stets darauf hingewiesen, dass es sich

um einen wissenschaftlichen Gedankenaustausch handelt, dass alle das Recht auf ihre Meinung haben, und es wird höflich angemerkt, dass es in der Bundesrepublik selbst unterschiedliche Ansichten darüber gibt.

Es fällt jedoch nicht schwer zu erkennen, dass die deutsche Diplomatie auch auf dem Feld der Geschichte aktiv zu sein pflegt. Im August 2013 ließ ein Teil der britischen Presse durchsickern, deutsche Diplomaten versuchten es den Briten ans Herz zu legen, sie mögen die Feierlichkeiten zum hundertsten Jahrestag des Großen Krieges in deren Wichtigkeit nicht zu hoch ansiedeln. Das deutsche Auswärtige Amt stellte schnell in Abrede, dass es solche Andeutungen gegeben habe, doch vermuteten viele britische Publizisten damals, das Foreign Office wollte mittels einer solchen Indiskretion den allzu selbstbewussten deutschen Diplomaten einen Nasenstüber versetzen.

Irgendetwas jedenfalls muss dran gewesen sein. Einem Land, das Europa führt, ihm Fiskalpakete aufzwingt und bestimmt, wer der nächste Vorsitzende der Europäischen Kommission sein soll, fällt es immer schwerer, die Rolle des außergewöhnlichen Bösewichts des 20. Jh. zu ertragen. Das gilt ganz besonders für die Auseinandersetzung um die Schuld am Kriegsausbruch 1914.

Das alles bewirkte, dass Großbritannien und Frankreich ihre Feierlichkeiten deutlich „nationaler“ gestaltet haben. Gewiss, britische und französische Historiker werden weiterhin Einladungen zu Tagungen an deutschen Universitäten annehmen, doch die wichtigsten Feierlichkeiten werden im Kreise der alten Entente stattfinden.

Auch die betagtesten Veteranen des Ersten Weltkrieges leben inzwischen nicht mehr. 2008 verstarb im Alter von 107 Jahren Erich Kästner, der älteste deutsche Kriegsteilnehmer. Ein Jahr später starb, mit 111 Jahren, der britische Soldat Harry Patch. Bezeichnend, dass die „Spiegel“-Journalistin Frederike Heine, die im August 2013 über die Einstellung beider Nationen zum Ersten Weltkrieg schrieb, nicht umhinkam zu beanstanden, dass Kästners Tod in Deutschland unbemerkt blieb, während Harry Patch mit einem feierlichen Gottesdienst in der Kathedrale von Wells verabschiedet wurde, und die Berichte von seiner Beerdigung die Fernsehnachrichten an der Themse eröffneten. Heine jedoch stellte sich nicht die Frage, welche Rolle der Militarismus in der deutschen und welche in der britischen Geschichte gespielt hat. Es ist sehr bezeichnend, dass die Deutschen, ins Pazifistenkostüm geklei-

det, beginnen andere zur Rede zu stellen, weil diese in ihre Kriegstradition allzu sehr verliebt seien. (...)

Dasselbe Thema beschäftigte auch Piotr Jendroszczyk, den deutschlandpolitischen Kommentator der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ („Die Republik“) am 5. Juli 2014.

Die These des Artikels lautet: „Berlin vom Gedächtnisschwund befallen. Die Regierung tut so, als wäre vor einhundert Jahren nichts Bemerkenswertes passiert.“

Der Autor schreibt unter der Überschrift:

Kein Platz mehr für Reue

u. a.: (...) Tausende von themenbezogenen Treffen, öffentliche Diskussionen, fünfzig neue Bücher, Dutzende von Dokumentarfilmen... Das alles steht in einem krassen Gegensatz zu dem fehlenden Interesse der offiziellen Vertreter des Staates an einem Ereignis, ohne das es wahrscheinlich weder Stalin noch Hitler gegeben hätte. Die britische Presse schlägt Alarm: „Deutschland will sich nicht mehr an die Geschichte erinnern“ und gibt zu bedenken, dass die Regierung von Angela Merkel nur 4,7 Mio. Euro für staatliche Feierlichkeiten aus Anlass des hundertjährigen Jubiläums zum Ausbruch der großen Katastrophe veranschlagt hat, etwa genauso viel, wie für Festveranstaltungen zum zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls vor fünf Jahren.

– Eigentlich gibt es da nichts zu gedenken. Für Deutschland war es eine Zeit der Wirren, des Todes und der Nachkriegsarmut. Eine Zeit der Erniedrigung durch den Versailler Vertrag, in dem eindeutig festgehalten wurde, dass Deutschland allein am Kriegsausbruch schuld sei. Es waren die strengen Bestimmungen, die dem Verlierer aufgezwungen worden waren, vor allem durch Frankreich. Daher die Zurückhaltung der Offiziellen gegenüber diesem Jahrestag – sagt Christian Hartmann vom Institut für Zeitgeschichte in München. – Außerdem gibt es in Deutschland keine großen Schlachtfelder und Ehrenfriedhöfe aus dieser Zeit, wie in Frankreich oder Belgien.

Das größte Hindernis für das Gedenken in Deutschland ist der Zweite Weltkrieg. – Auch in meiner Familie war der Zweite Weltkrieg allgegenwärtig – sagte Kanzlerin Angela Merkel bei der Eröffnung der Ausstel-

lung zum Ersten Weltkrieg im Deutschen Historischen Museum in Berlin. Sie will des Jahrestages gedenken indem sie nach Ypern fährt. Das ist bis jetzt die einzige internationale Verpflichtung der Kanzlerin aus diesem Anlass.

Bundespräsident Joachim Gauck wird am 3. August im Elsass, auf einer Anhöhe, bei der 25 Tausend Franzosen und Deutsche fielen, Francois Hollande begegnen, und er will nach Brüssel fahren, zum feierlichen Treffen der Vertreter der Kriegsteilnehmerländer. Das ist alles. Derweil geht aus einer Befragung der Illustrierten „Stern“ hervor, dass zwei Drittel der Deutschen sich für die Kriegskatastrophe von vor einem Jahrhundert interessieren.

Die niederschmetternde Niederlage und der demütigende Artikel 231 des Versailler Vertrages, der von der Alleinschuld Deutschlands an der Entfesselung des Ersten Weltkrieges handelt, sind zweifelsohne ein starker psychologischer Impuls für den offiziellen deutschen Gedächtnisschwund. Ein noch wichtigerer Grund ist der Holocaust. Die Deutschen wurden nicht nur schuldig befunden für den Kriegsausbruch und die Naziverbrechen. Sie haben sich zu ihrer Schuld bekannt, sie haben sich Asche aufs Haupt gestreut und tun das weiterhin. Sie entschuldigen sich, sie leisten Abbitte und erinnern sich. Da ist kein Platz mehr dafür, sich auch noch für den Ersten Weltkrieg an die Brust zu schlagen. (...)

Ich erinnere mich an eine Diskussion von vor Jahren zwischen Bundeskanzler Gerhard Schröder und Martin Walser, in der die beiden sich geradezu darin überboten zu beweisen, dass das ganze Übel in Versailles begonnen habe, wo die Deutschen einen für sie erniedrigenden Vertrag unterschreiben mussten.

-Das ist eine zu große Vereinfachung, aber sie enthält ein Körnchen Wahrheit – sagt Hartmann. Nach dem Ersten Weltkrieg waren die Deutschen von dem ihnen angetanen Unrecht überzeugt. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt schon die politische Korrektheit, und entsprechend den Thesen des Hamburger Historikers Fritz Fischer in seinem Buch „Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914-1918“, wurde Deutschland zu recht für die Entfesselung des Ersten Weltkrieges verantwortlich gemacht. Die Strafe für die Schuld an den beiden Kriegen war die Teilung Deutschlands. Und so sollte es sein. Nicht alle waren damit einverstanden. Fischers Buch entfesselte eine heftige Diskussion, aber im Prinzip galt das Anzweifeln der deutschen Schuld als geschichtlicher Revisionismus und wurde

verurteilt. (...)

Die Verantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges ist nicht so einfach zu erklären, wie die für den Zweiten Weltkrieg. Daran erinnert der in Cambridge lehrende Christopher Clark in seinem neusten Buch „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“. Er beweist, dass man mit der Schuld für diesen Krieg auch andere Teilnehmer belasten kann: Österreich-Ungarn, das Serbien ein Ultimatum nach dem Attentat auf Erzherzog Ferdinand und seine Frau stellte. Russland, das sich schützend vor die Slawen auf dem Balkan stellen wollte. Frankreich, den größten Feind Deutschlands und ein Verbündeter Russlands, und auch Großbritannien, das sein Imperium verteidigte. Das alles gefällt in Deutschland sehr. (...).

RdP

POLNISCHER BLICK AUF DEN 20. JULI

„Gelungenes Attentat auf Hitler hätte für Polen nicht unbedingt von Vorteil sein müssen“.

Aus Anlass des 70. Jahrestages des fehlgeschlagenen Attentates auf Hitler am 20. Juli 1944 in der Wolfsschanze bei Rastenburg (heute Gierłoż bei Kętrzyn) im ehem. Ostpreussen, veröffentlichte die Polnische Pressagentur PAP ein Gespräch mit Dr. habil. Piotr M. Majewski, Historiker an der Warschauer Universität, von 2008 bis 2011 Berater von Ministerpräsident Donald Tusk und seit Juni 2009 stellvertretender Direktor des von Tusk angeregten Museums des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk/Danzig. Nachstehend die Besprechung der wichtigsten Thesen von Dr. Majewski:

- Der Tod Adolf Hitlers im Sommer 1944 hätte Veränderungen für alle kämpfenden Seiten mit sich gebracht, aber es hätten keineswegs nur Veränderungen zum Besseren sein müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Verschwörer, die ja die Macht in Deutschland übernehmen wollten, den Krieg gegen die UdSSR und den Krieg gegen den Westen sehr unterschiedlich betrachtet haben. Gewiss, aus moralischen Gründen widersetzten sie sich den Verbrechen Hitlers, u. a. der Vernichtung

der Juden und den Morden an der Zivilbevölkerung im Osten, doch im Prinzip hatten sie nichts gegen die Eroberung des Ostens einzuwenden. Nach der Beseitigung Hitlers hofften sie einen günstigen Friedensvertrag abschließen zu können.



Dr. habil. Piotr M. Majewski.

- Ein gelungenes Attentat auf Hitler hätte für das besetzte Polen nicht unbedingt von Vorteil sein müssen, weil die Verschwörer bei den späteren Friedensverhandlungen darauf hinwirken wollten, die eroberten und ins Reich eingegliederten polnischen Gebiete zu behalten: den sogenannten polnischen Korridor mit Grudziądz, Bydgoszcz, Toruń, die ehemalige Freie Stadt Danzig, dazu das sogenannte Wartheland (Großpolen mit Poznań und Lodz), den östlichen Teil Oberschlesiens, die an Ostpreußen angeschlossenen polnischen Gebiete mit Ciechanów/Ziechenau. Die Attentäter wollten im Osten auf nichts verzichten, sondern lediglich einen Waffenstillstand mit den westlichen Alliierten erwirken.

- Noch in den 50er Jahren wurde Stauffenberg von den meisten Deutschen als Verräter angesehen. Es gab damals keinen Kult um die Verschwörer des 20. Juni. Das ist eine verhältnismäßig neue Erscheinung, die erst in den 80er Jahren entstand und nach und nach immer größere Ausmaße annahm. Das ist eine Entwicklung in die richtige Richtung, weil die At-

tentäter ein schreckliches Regime herausgefordert haben. Das Problem besteht jedoch darin, dass die Verschwörer und auch Stauffenberg selbst Nazis gewesen sind, die anfänglich Hitler akzeptiert haben. Das sehen wir beispielsweise in den Briefen Stauffenbergs aus dem Krieg gegen Polen im September 1939.

- Die Deutschen gedenken zu recht des Attentates vom 20. Juli 1944, aber man sollte nicht vergessen, dass die Attentäter Leute waren, die früher die nationalsozialistische Politik umgesetzt haben. Die heutigen Deutschen wollen sich mit der Opposition gegen Hitler identifizieren, aber sie müssen darauf Acht geben, dass dabei nicht ein falsches Bild entsteht von einem Volk in Opposition zu Hitler, dass von einer Verbrecherclique regiert wurde. So ist es nicht gewesen, denn die meisten Deutschen unterstützten das verbrecherische Regime und seine Anführer, so Prof. Piotr M. Majewski.

RdP

ERIKAS SIEGREICHER ABGANG

Ein polnischer Nachruf auf Frau Steinbachs Wirken.

Die Ankündigung Erika Steinbachs, sie stehe nicht mehr als Kandidatin für den Posten der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen zur Verfügung, wurde in Polen mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Davon zeugt der „Abschiedskommentar“ vom 8. Juli 2014 von Jerzy Haszczyński, Deutschland-Fachmann und Chef des Auslandsressorts der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ („Die Republik“), in dem er alle Vorwürfe und Bedenken gegen Steinbach noch einmal aufgelistet hat.



Jerzy Haszczyński

Erika Steinbach, schreibt Haszczyński, „beendet ihre lange Karriere als Führungsperson der deutschen Ausgesiedelten. Sie kann zufrieden sein. Sie hinterlässt eine geschminkte Version der umformulierten Geschichte des Dritten Reiches, des Zweiten Weltkrieges und seiner Folgen. Es gelang ihr einen bedeutenden Teil ihrer Landsleute davon zu überzeugen, sie seien Opfer des Nationalsozialismus und Hitlers, das heißt: die Deutschen sind, genauso wie die anderen Völker, Opfer deutscher Verbrechen.“

„Jahrelang, erinnert der Autor, stand Erika Steinbach auf der kurzen Liste der bekanntesten deutschen Politiker in Polen. Sie spielte eine besondere Rolle in dem von Erfolg gekrönten Vorhaben, das Kriegs- und Nachkriegsbild Deutschlands auf Kosten Polens zu verändern.“

Dieses Vorhaben, meint Haszczyński, „besteht zum einen darin, Debatten über die deutsche Verantwortung auszulöschen und die Abrechnung mit der Vergangenheit zu beenden (was umso leichter fällt, weil die letzten Verbrecher entweder in Ruhe gestorben sind oder sie stehen mit einem Bein im Grab). Zum anderen geht es darum, das deutsche Leid und die deutsche Widerstandsbewegung gegen Adolf Hitler hervorzuheben. Steinbach gelang es die These salonfähig zu machen, dass alle Aussiedlungen in der Geschichte des 20. Jh. unterschiedslos zu verurteilen sind, egal aus welchen Gründen sie stattgefunden haben. Auf diese Weise wird die Aussiedlung der Deutschen aus Polen nach sechs Jahren der Besatzung genauso behandelt, wie die völkermordartigen Umsiedlungen der Armenier während der Ersten Weltkrieges in der osmanischen Türkei.“

Entstanden daraus ist eine „Gemeinschaft des Leids“, die Steinbach zur „wichtigsten Botschaft des Zentrums gegen Vertreibungen“ gemacht hat. Es genügt ja nur, schreibt Haszczyński, „die Internetseite des Zentrums zu öffnen, und uns begrüßt der Satz, dass etwa 80 bis 100 Mio. Menschen im 20 Jh. Opfer von Aussiedlungen, Säuberungen und Vertreibungen geworden sind. Niemand mehr lässt sich davon beindrucken, dass die Einmaligkeit der deutschen Verbrechen hinter einem Vorhang verschwindet, der sich „die Gemeinschaft des Leids der Deutschen und anderer ausgesiedelter Nationen“ nennt.“

Symbolträchtig ist auch, so Haszczyński, „dass so etwas einer Person gelang, die ihre politische Karriere auf einer Lüge aufgebaut hat. Entgegen ihren Behauptungen hat Erika Steinbach keinesfalls ihre Heimat in einem Gebiet verloren, das erst seit 1945 zu Polen gehört, was,

wenn ich so unbescheiden sein darf, im Jahr 2000 meine journalistische Entdeckung gewesen ist.“

Steinbach ist 1943 als Tochter eines deutschen Besatzungssoldaten in Rumia bei Gdynia auf die Welt gekommen, „in einer Gegend, die vor dem Zweiten Weltkrieg zu Polen gehörte. Es war ein zufälliger Geburtsort, keine Heimat. Zudem waren die Polen aus Rumia vertrieben worden, um für ihre Eltern Platz zu schaffen.“

In dieser auf einer Lüge aufgebauten Karriere, erinnert der Autor, „spielt auch die deutsche Gesetzgebung keine geringe Rolle. Obwohl Steinbach nicht die Heimat an Polen verloren hat, darf sie sich als Vertriebene betrachten. Die deutsche Gesetzgebung schafft eine solche Möglichkeit einem jeden, der in einem Gebiet auf die Welt kam, aus dem später ausgesiedelt wurde. Hätte Hitler ein Kind und wäre es im besetzten Warschau auf die Welt, es hätte nach dem Krieg den Vertriebenenstatus zuerkannt bekommen.

Sogar in Polen bringt kaum jemand mehr die Kraft auf, sich der neuen deutschen historischen Politik zu widersetzen. Ihre Ergebnisse sieht man in dem auf der ganzen Welt vertriebenen Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“, in dem deutsche Soldaten als empfindsame, nette Leute agieren, während die Soldaten der polnischen Heimatarmee die eigentlichen Antisemiten sind. Am allertraurigsten in alledem ist jedoch unsere eigene Erschöpfung in diesem Kampf um die historische Wahrheit.“, so das Fazit des Autors.

RdP

AFD UND POLEN

Hans-Olaf Henkel: „Deutsche stecken ihre Nase in fremde Angelegenheiten“.

Unter diesem Titel veröffentlichte das Nachrichtenmagazin „W Sieci“ („Im Netzwerk“) in der Ausgabe vom 6. Juli 2014 ein Interview mit Hans-Olaf Henkel, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Alternative für Deutschland (AfD), in dem der Politiker u. a. sein eigenes und das Ver-

hältnis seiner Partei zu Polen erläutert.

Im Vorspann zu dem Gespräch, heißt es u.a.:

Die AfD ist die jüngste deutsche politische Partei. Sie ist gerade eben ins Europäische Parlament gelangt, gut ein Jahr nach ihrer Entstehung. Es ist umso mehr ein Erfolg, als es der AfD im Herbst 2013 nicht gelang die Fünfprozenthürde bei den Bundestagswahlen zu nehmen.

Die AfD wird von der deutschen politischen Klasse und den Medien hart kritisiert. Ihr Chef, Bernd Lucke, wurde sogar auf einer Parteikundgebung in Hamburg tätlich angegriffen.

In ihrem Programm fordert die Partei die Rückkehr zur D-Mark mittels Beseitigung des Euro oder des Austritts aus der Euro-Zone. Sie spricht sich für ein Europa der Nationalstaaten aus und ist entschieden gegen eine föderative EU. Sie bekennt sich zu den traditionellen Werten, womit sie sich Angriffen seitens der Linken aussetzt. Sie wird gar des „Rechtsextremismus“ bezichtigt.

Ein unangenehmes Signal war aus polnischer Sicht die Aussage des stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland vom September 2013, der in den Beziehungen zu Russland eine Rückkehr zu den Bismarckschen Ideen einforderte. Andere AfD-Führungsmitglieder distanzieren sich entschieden von dieser Aussage. Auch Gauland selbst nahm sie zurück. Ein übler Nachgeschmack jedoch ist geblieben.

Die AfD strebt seit ihrem Entstehen eine Zusammenarbeit mit der konservativen polnischen Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) an. Diese Kooperation ist mit der gerade begonnenen neuen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments Wirklichkeit geworden. Die AfD befindet sich gemeinsam mit der PiS, den britischen Konservativen und einiger weiterer Gruppierungen, in der Fraktion Europäische Konservative und Reformer.

[„AFD? Gute Nacht Polen!“ – ein weiterer Bericht zum Thema hier nachzulesen.](#)

Frage: Erika Steinbach von der CDU sprach vor kurzem im „Spiegel“ von ihren Hoffnungen „auf eine Öffnung der Union, hin zur AfD“. Die AfD sei ihrer Meinung nach eine rechtsstaatliche und demokratische Grup-

pierung, was aus ihr „sowohl unseren Konkurrenten, als auch einen möglichen Partner macht“. Sehen Sie in der CDU einen Koalitionspartner der AfD?

Henkel: Nein. Die CDU-CSU engagiert sich, im Gegensatz zu dem was die AfD verkündet, in der Aufrechterhaltung des Euro und der gemeinsamen europäischen Politik. Wir indes befürworten die Existenz souveräner Staaten in Europa. Um den Euro zu retten, marschiert die CDU-CSU schnurgerade auf den europäischen Superstaat zu. Wir sprechen uns für die Subsidiarität aus. Die CDU-CSU steht für Zentralismus, wir wollen die europäische Vielfalt erhalten. Die CDU-CSU will Europa harmonisieren, wir wollen die Verantwortung des eigenen Landes für die finanzielle Stabilität und das Bankwesen beibehalten. Die CDU-CSU will etwas völlig anderes. Sie will die Schulden mit Hilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus und der Europäischen Bankenunion vergemeinschaften.

Frage: Können Sie sich Erika Steinbach als ihre mögliche Parteikollegin vorstellen? Wollte Frau Steinbach der AfD beitreten, wären Sie dafür oder dagegen?

Henkel: Nein! Frau Steinbach repräsentiert die CDU-CSU. Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei bedeutet doch das Umsetzen einer konkreten Philosophie, und nur jemand, der ihre Prinzipien anerkennt, kann Mitglied der jeweiligen Partei sein. Die AfD-Führung bekundet bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Sympathie für Polen. Wir betrachten Polen als einen Freund und einen vertrauenswürdigen Nachbarn. Aus unserer Sicht sollte die deutsche Regierung die Interessen Polens mit größerer Sorgfalt berücksichtigen. In der Außenpolitik lehnen wir eine Verständigung mit Russland oder einem anderen Staat auf Kosten polnischer Interessen kategorisch ab.

Frage: Die Deutschen in Polen verfügen über alle Rechte, die einer nationalen Minderheit zustehen, während die Polen in der Bundesrepublik lediglich eine „ethnische Gruppe“ sind. Glauben Sie, dass die Rechte der polnischen Minderheit in Deutschland an die der deutschen Minderheit in Polen angeglichen werden sollten?

Henkel: Ich gestehe ein, dass ich nie darüber nachgedacht habe. Mein Eindruck ist, dass Personen polnischer Herkunft sich nicht als eine nationale Minderheit betrachten und keinerlei Rechte einfordern. Wurden sie nicht durch die vielen Jahre, die vielen Jahrhunderte, assimili-

liert? Ich höre auch nicht, dass man bei uns viel polnisch spricht. Doch steht meiner Meinung nach ihrem Wunsch,, den hier lebenden Menschen Minderheitenrechte einzuräumen, wie sie die Dänen in Schleswig-Holstein haben, nichts im Wege. Die Polen sollen zeigen, dass sie in einer ähnlichen rechtlichen Konstellation leben wollen wie die deutschen Dänen.

Frage: Alexander Gauland, der stellvertretende AfD-Vorsitzende sagte vor nicht langer Zeit, man solle erwägen, dass in Zukunft „Elemente der Bismarckschen Rückversicherungspolitik gegenüber Russland *) gepflegt werden“ sollten. Wie sollen wir in Polen die Worte einer der wichtigsten Persönlichkeiten der AfD verstehen? Ein wichtiger Bestandteil der damals so guten deutsch-russischen Beziehungen waren das gemeinsame Entgegenwirken der Wiederentstehung einiger Staaten in Europa und die Aufteilung des Kontinents in Einflußzonen.

Henkel: Ich bin überzeugt, es waren rein private Überlegungen des Herrn Gauland. Ich kann in der Tat verstehen, dass im Zusammenhang mit den Ereignissen auf der Krim in Deutschland politische Befürchtungen mit dem Blick auf Russland wach geworden sind. Ich gehe davon aus, dass es in Polen und in den baltischen Staaten ähnlich gewesen ist. Wir sind der Meinung, dass das Streben nach Sicherheit nicht auf Kosten eines dritten Staates stattfinden darf, und schon gar nicht auf Kosten Polens. Der Hitler-Stalin-Pakt sitzt nicht nur die Polen in den Knochen. Ich spüre ihn auch. Ich habe den Vater im Krieg verloren, zweimal wurden wir aufgrund von Bombardierungen obdachlos. Die AfD verurteilt Putins Methoden aufs schärfste. Im Gegensatz zur Verteidigungsministerin von der Leyen aus der CDU sind wir nicht für die Schaffung einer europäischen Armee. Wir sind für eine starke Nato und die Stationierung ihrer Truppen in den zentralen und östlichen Randlagen des Verteidigungsbündnisses. Wenn ich noch hinzufügen darf, ich war stets gegen den Bau der Gasleitung unter der Ostsee, und ich betrachte die Vorgehensweise Gerhard Schröders als einen großen Skandal, der in dieser Angelegenheit einen Vertrag mit Putin geschlossen hat und sich anschließend von ihm einstellen ließ.

Frage: Die AfD wird in Deutschland als der „öffentliche Feind Nummer eins“ angesehen. Wieso hat Ihre Partei solche Probleme mit den Medien und mit der Mehrheit der Öffentlichkeit?

Henkel: Wir stellen den Sinn der Euro-Währung in Frage und beweisen

allseits, dass sie dem südlichen Europa schadet, weil sie die hohe Arbeitslosigkeit mitverursacht, vor allem unter jungen Menschen. Der Euro schadet auch dem Norden Europas, weil die milliarden schweren Hilfspakete von den deutschen Steuerzahlern finanziert werden. Der Euro ist zu teuer für Frankreich und zu schwach für die deutsche Industrie. Wir zeigen, dass der Euro am Ende Streit und Konflikte verursachen muss, weil deutsche Politiker, wie nie zuvor, ihre Nasen in Angelegenheiten anderer Staaten stecken. Da man unseren Argumenten nichts Gescheites entgegensetzen kann, werden andere Methoden angewandt. Will man einen Menschen oder eine Organisation vernichten, stellt man sie in die national-populistische Ecke. Wir bedauern das. Doch sind, Gott sei Dank, die ausländischen Berichte über unser Programm und die Betrachtungsweise einzelner Personen aus der AfD viel positiver. (...)

Frage: Der AfD sind die konservativen und traditionellen Werte sehr nah. Man sieht jedoch deutlich, dass extrem linke Werte in Europa den Sieg davontragen. Wie können sich die Konservativen dagegen wehren, etwa gegen die Gender-Propaganda?

Henkel: Gute Frage. Gemeinsame Werte muss man gemeinsam vertreten. Bei allen großen Unterschieden zwischen der polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), den britischen Konservativen und der AfD, gibt es doch mehr was uns verbindet, als was uns teilt. Deswegen sollten wir im Europäischen Parlament gemeinsam auftreten. Es kann sein, dass unsere „Fraktion“ sich als die dritte Kraft im Europäischen Parlament, nach den Sozialisten und der Volkspartei, entpuppt. Das ist die Gelegenheit, gemeinsame Werte gemeinsam zu verteidigen.

Frage: Wie sehen Sie die Rolle der christlichen Kirchen in Europa?

Henkel: Christen dürfen nirgendwo in Europa diskriminiert werden. Christliche Werte gehören zu Europa. Das bedeutet selbstverständlich auch, dass andere Religionen toleriert werden müssen, so lange wie sie die Regeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte befolgen.

Anmerkung RdP:

* Am 18. Juni 1887 schloss der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck mit Russland ein geheimes Neutralitätsabkommen. Deutschland versprach stillzuhalten, sollte Österreich-Ungarn einen Krieg gegen Russland beginnen, und gewährte Russland freie Hand in seinem Streben Bul-

garien und die Meerenge im Bosphorus unter seine Kontrolle zu bringen. Im Gegenzug verpflichtete sich Russland militärisch nicht an die Seite Frankreichs zu treten, sollte Frankreich Deutschland überfallen. Der Vertrag lief 1890 aus und wurde nicht verlängert.

RdP

EIN KATHOLIK SCHÄNDET NICHT

„Ich verteidige die Moscheen“, schreibt Polens führender katholischer Publizist.

„Die Schändung der Moschee in Kruszyniany muss eindeutig verurteilt werden, und das vor allem durch die rechte Seite der intellektuellen Szene“, unter dieser Überschrift und mit dieser Unterzeile, veröffentlichte Tomasz P. Terlikowski, einer der führenden und streitbarsten katholischen Publizisten Polens, seine wöchentliche Glosse im Wochenblatt „Gazeta Polska“ („Polnische Zeitung“) vom 2. Juli 2014.



Tomasz Terlikowski

Die Glosse bezieht sich darauf, dass in der Nacht vom 28. auf den 29. Juni 2014 unbekannte Täter die Holzmoschee und einige Gräber auf dem Tatarenfriedhof im Dorf Kruszyniany, unweit der polnisch-weißrussischen Grenze, mit Schmierereien verunstaltet haben. **In der Gegend wohnen seit dem 16 Jh. polnische Tataren. Zu ihrer Geschichte, Kultur und ihrem heutigen Leben empfehlen wir Ihnen die folgende Sendung.**

Der Zwischenfall hat landesweite Empörung hervorgerufen. Die Schmierereien, die keine Parolen enthalten, deuten eher auf Rowdytum hin. Die Polizei ermittelt.

Tomasz P. Terlikowski schreibt u. a.:

Ich weiß nicht, wer die Moschee in Kruszyniany geschändet hat. Ich schließe eine Provokation nicht aus, auch wenn ich diese Vermutung für sehr unwahrscheinlich halte. Gleichzeitig jedoch hege ich die absolute Gewissheit, dass unabhängig davon, wer es getan hat, jeder polnische Patriot und jeder Gläubige sich in dieser Zeit mit den Moslems und den Tataren solidarisch zeigen, und das, was sich ereignet hat, aufs schärfste verurteilen muss.

Der Grund ist sehr einfach. Unabhängig davon, was wir vom Islam halten (über seinen Wert oder seine Wertlosigkeit aus katholischer und christlicher Sicht wird seit Jahren eine sehr interessante Diskussion geführt, die keine eindeutigen Antworten liefert); unabhängig davon, wie wir zur islamistischen Gefahr stehen, ist die Moschee ein Ort des religiösen Kultes, und solche Orte verlangen einem Christen Respekt ab.

Wenn schon nicht aus dem Grund, weil wir den Wert einer Religion (in diesem Fall des Islam) anerkennen, dann wenigstens deswegen, weil wir den Wert der menschlichen Suche nach Gott, der menschlichen Religiosität, auch wenn sie falsch ausgerichtet ist, zu schätzen wissen. Eine Moschee verdient es, genauso wie eine Pagode, geachtet zu werden und darf nicht geschändet werden. Der Kampf gegen den Islam oder gegen den Islamismus, auch wenn er rein politisch verstanden wird, darf uns unseres rein menschlichen Einfühlungsvermögens und unserer Achtung für menschlichen Gefühle nicht berauben.





Schmierereien an der Moschee von Kruszyniany

Die Schändung der Moschee in Kruszyniany ist auch aus einem anderen Grund absurd. Dieser Ort nämlich ist ein Beispiel der perfekten Anpassung und Integration der Moslems in einem christlichen Staat. Die Tataren, denen dieses ansprechende Gebäude gehört, zeigten, dass wenn der Staat sie achtet und ihnen alle Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs offen hält (und dazu zählte die Bestimmung, dass sie in den polnischen Adel aufgenommen werden können), dann können Moslems zu loyalen Bürgern und eifrigen Verteidigern der Rzeczpospolita werden. Ihr Beitrag zum Aufbau der Rzeczpospolita vieler Kulturen und vieler Völker, an die der hl. Johannes Paul II. so oft erinnert hat, ist nicht zu überschätzen.

Und deswegen schäme ich mich schlicht und einfach für diejenigen, die diesen empörenden Angriff vorgenommen haben. Das verschmieren mit Farbe eines Ortes des Kultes, dazu eines wichtigen Denkmals polnischer Geschichte, seine offensichtliche Schändung, das alles kann nichts zu tun haben mit dem Christentum, mit dem Polnisch-Sein, mit dem politisch Rechts-Stehen. Daran können auch das Symbol des polnischen Widerstandes aus dem Zweiten Weltkrieg nichts ändern, das die Schänder hinterlassen haben. Ein Katholik schändet keine Orte des Kultes anderer Religionen (auch wenn er sie als falsch betrachtet), weil er das menschliche religiöse Engagement respektiert. Das gilt für jeden Glauben, auch für den Islam.

Ein polnischer Patriot weiß zudem, dass die Moschee in Kruszyniany ein schönes Beispiel nicht nur für die polnische religiöse Toleranz liefert, sondern auch dafür, dass die Anwesenheit der Tataren in diesem Gebiet ein Teil unserer Geschichte ist. Nur ein Dummkopf weiß das nicht. Das zeigt, dass die Schänder nicht die geringste Ahnung haben von der Geschichte Polens und den religiösen Verhältnissen in unserem Land, was übrigens nicht wundert angesichts des Niveaus, auf das man den Geschichtsunterricht in polnischen Schulen herabgesenkt hat.

Und deswegen muß man es direkt sagen. Ein Katholik (oder mehr noch: ein Christ) kann diesen empörenden Akt des Wandalismus nur aufs schärfste verurteilen, und er kann an einem solchen Tag nur auf der Seite der Tataren stehen. Ich weiß nicht wer es getan hat. Ich kann aber mein tiefstes Mitgefühl und meine Scham zum Ausdruck bringen, und versichern, dass wenn Geld für die Renovierung notwendig sein sollte, ich gerne etwas zu einer solchen Sammlung beisteuern werde. Als Pole und als Katholik!

RdP